

## L1NEU3 Grünes Land – Programm für zukunftsfähige ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 05.03.2023

Tagesordnungspunkt: 5. Leitantrag "Grünes Land – Programm für zukunftsfähige ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern"

### Antragstext

1 Grünes Land – Programm für zukunftsfähige ländliche Räume in Mecklenburg-  
2 Vorpommern

3 Über 90% unserer Landesfläche sind ländliche Räume. Fast zwei Drittel von uns  
4 hier im Nordosten Deutschlands leben in ländlichen Räumen, nur ein Drittel wohnt  
5 in Städten. Der demografische Wandel hat unsere Landschaft in den vergangenen  
6 Jahrzehnten dramatisch verändert: Wir wurden viel weniger, deutlich älter und  
7 auch etwas bunter. Mit den absehbaren Folgen der allgegenwärtigen Klimakrise  
8 stehen weitere, einschneidende Veränderungen bevor. Diesen Wandel wollen wir  
9 gemeinsam gestalten.

10 Bisherige Landesregierungen fühlten sich ohnmächtig vor Strukturen, in denen sie  
11 nur Schwächen sahen und reagierten resigniert mit Schrumpfungstrategien: Aber  
12 LPG-Umwandlungen, Kreisgebietsreform, Schulschließungen, Streckenstilllegungen,  
13 Klinikfusionen, Gerichtsstrukturereform, Energieversagen und  
14 Digitalisierungsbremse haben die Landflucht stattdessen beschleunigt. Diese  
15 Politik der Konkursverwaltung ist offensichtlich gescheitert.

16 Wenn es, trotz allem, inzwischen wieder leichten Zuzug gibt, so weil immer mehr  
17 Menschen – vor allem gut qualifizierte Fachkräfte mit ihren jungen Familien –  
18 auch die Vorteile unserer ländlichen Räume für ihre Lebensmodelle entdecken. Um  
19 diesen Trend zurück aufs Land zu verstärken und zu stabilisieren, fehlen in den  
20 Landes- und Kommunalverwaltungen jedoch Förderkonzepte. Wer den Wandel in MV und  
21 in unseren Kommunen nicht nur verwalten, sondern ihn auch gestalten will, muss  
22 die Stärken und das Entwicklungspotenzial in den sogenannten ‚strukturellen  
23 Schwächen‘ erkennen und neue Wege gehen.

24 Seit unserer Gründung vor genau 30 Jahren stellen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV immer  
25 wieder einzelne Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung der Fläche zur  
26 Diskussion, ob als Parteibeschluss, in Wahlprogrammen oder mit Fraktionsanträgen  
27 im Landtag und in den Kommunalparlamenten. Bislang und in absoluten Zahlen mag  
28 unsere größte Unterstützung bislang vielleicht in den wenigen, größeren Zentren  
29 des Landes zu verzeichnen sein. Unsere wachsende Bedeutung verdanken wir aber  
30 nicht zuletzt unserem beharrlichen Einsatz für einen befruchtenden Austausch  
31 zwischen Stadt und Land.

32 Denn die Ursprünge unserer Partei liegen sowohl bei den Bäuer\*innen und  
33 Raumpionier\*innen wie auch bei den Umweltbibliotheken und  
34 Konsumgenossenschaften. Von Anfang an ging es uns allen beim Brot nicht nur ums  
35 Getreide, sondern auch um den Boden, die Insekten, das Saatgut, den Transport,  
36 die Wirtschaftlichkeit und gerechte Entlohnung sowie auch die globalen Folgen.  
37 Wer sich grün engagiert, denkt und handelt ganzheitlich und fordert, hierzulande  
38 erst recht, grüne Ideen fürs Land.

39 Hiermit legen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV nun erstmals ein Programm für unsere  
40 ländlichen Räume in Mecklenburg-Vorpommern vor. Dabei leiten uns diese  
41 Einsichten:

42 01. Ländliche Räume bieten das größte Gestaltungspotenzial für ein  
43 zukunftsfähiges Mecklenburg-Vorpommern. Dabei wollen wir die ländliche Qualität  
44 ebenso wie die Vielfalt der ländlichen Räume behutsam und gemeinsam erhalten und  
45 entwickeln. Zentral ist hierfür die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen durch  
46 Gewässerschutz, Schutz von Arten und Biotopen sowie in einer ökologischen und  
47 bäuerlichen Landwirtschaft und regionale Wertschöpfung.

48 02. Alle, die hier leben, müssen die Möglichkeit bekommen, den  
49 Transformationsprozess mitzugestalten. Um Mitsprache und Mitbestimmung zu  
50 ermöglichen, wollen wir verschiedene Beteiligungsprozesse wie Umfragen,  
51 Bürger\*innenforen, Zukunftswerkstätten und Dorfreferenden nutzen. Besonders aber  
52 wollen wir mehr Mittel nach dem Community-led Local Development Prinzip  
53 einsetzen, LEADER so stärken und mehr konkrete Mitbestimmung vor Ort  
54 ermöglichen. Auf dem Land wollen wir Demokratische Praxis und Teilhabe vorleben  
55 – unmittelbar und zuverlässig.

56 03. Der Austausch der ländlichen Räume mit ihren benachbarten, urbanen Zentren  
57 und Ballungsräumen muss gerecht gestaltet werden: Im ureigensten Interesse  
58 müssen die Metropolregionen Hamburg, Berlin und Szczecin sowie die Regiopole  
59 Rostock, aber auch die Ober-, Mittel- & Grundzentren des Landes auf Augenhöhe  
60 mit den ländlichen Räumen kooperieren, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu  
61 garantieren.

62 04. Kommunen brauchen Handlungsspielräume durch eine gerechte angemessene  
63 Finanzierung. Darüber hinaus müssen Haushaltskonsolidierungen und freiwillige  
64 Leistungen für Gemeinden ermöglicht werden. Kommunen müssen die Möglichkeiten  
65 der Rekommunalisierung von Infrastruktur und Land ausschöpfen und zusätzliche  
66 juristische Mittel bekommen. Dafür soll ein Landesprogramm finanziell  
67 unterstützen, wenn sich die Vorhaben mittel- oder langfristig rentieren.

68 05. Investitionen in Infrastrukturen ermöglichen freie Entfaltung und sichern  
69 Wohlstand und gleichwertige Lebensverhältnisse: Dazu gehören Zugang zu Energie,  
70 Wasser/Abwasser, Mobilität, Digitalisierung,  
71 Gesundheit/Pflege/Rettung/Prävention, Sport, Bildung, Versorgung, Politik und  
72 Kultur. Dafür sind Kleinstädte zu stärken und regionale Wertschöpfungskreisläufe  
73 aufzubauen.

74 06. Unsere Ländlichen Gestaltungsräume müssen endlich auch tatsächlich gestaltet  
75 werden: Die 2016 eingeführte Raumkategorie des Landesentwicklungsprogramms zur  
76 Entwicklung demografisch besonders herausgeforderter Landesteile sind konkret  
77 als Programmfokus und Förderkulisse zu nutzen.

78 07. Der demografische Wandel ist umkehrbar: Beim Tourismus, beim Pendeln und bei  
79 der Migration gilt es, durch Digitalisierung, Workation, Homeoffice, Coworking,  
80 Maker-Spaces, Startup-Förderung, Integration und Qualifikation verlängerte,  
81 wertschöpfende Aufenthalte, Rückkehr und Zuzug zu ermöglichen.

82 08. Engagement und Care-Arbeit müssen engagierter gefördert werden: Bestehende  
83 Nachbarschaftshilfe und Angehörigenunterstützung können gerade auf dem Land  
84 besser vernetzt und integriert werden, damit Hilfe für Alle auf viele Schultern

85 verteilt wird. Freiwilliges Engagement ist eine gemeinschaftsstiftende und  
86 erneuerbare Energie.

87 09. Rechtsextremistische Akteur\*innen bemühen sich auch in Mecklenburg-  
88 Vorpommern darum, vom Staat vernachlässigte ländliche Räume zu besetzen. Ihren  
89 Raumergreifungsstrategien treten wir entschieden entgegen. Widerstand gegen  
90 Demokratie- und Menschenfeindlichkeit braucht jede staatliche und  
91 zivilgesellschaftliche Unterstützung.

92 10. Klimaschutz und Klimaanpassung sind unsere Stärke im ländlichen Raum: Die  
93 entscheidenden Beiträge zur Begrenzung des Klimawandels erbringen wir in  
94 Mecklenburg-Vorpommern in unseren ländlichen Räumen. Zugleich sind wir vor Ort  
95 sehr stark von Klimafolgen betroffen. Klimapolitik ist zentral für die Zukunft  
96 auf dem Land.

97 Diese Einsichten führen uns zu den folgenden Forderungen:

98 Mobilität ist ein Grundbedürfnis und Grundrecht des Menschen. Sie schafft  
99 Begegnung, Unabhängigkeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das gilt für  
100 Stadt und Land. Wohnortnahe und zeitgemäße Angebote für Versorgung, Gesundheit,  
101 Bildung, Arbeit, Engagement und Freizeit verringern dabei weite Fahrten und  
102 sollten daher im Zentrum einer Mobilitätswende stehen. Genauso müssen alle  
103 Geschlechter und Altersklassen in der Mobilitätsplanung berücksichtigt werden,  
104 damit schutzbedürftige Personen sich sicher und ungehindert im Land und in den  
105 Kommunen bewegen können.

106 Wachsender Personalmangel und hohe Betriebskosten durch wenige Menschen auf  
107 einer großen Fläche erfordern eine deutlich bessere Finanzierung des Angebotes  
108 des öffentlichen Nahverkehrs. Ansonsten bleiben die Menschen auf dem Land  
109 langfristig abgehängt. Schon jetzt besitzt ein Viertel aller Haushalte in MV  
110 kein Auto und/oder kann nicht fahren. Das ist gerade für Jugendliche ein  
111 Beeinträchtigung in ihrer sozialen Entwicklungsphase. Besonders diesen Gruppen  
112 möchten wir gerecht werden und im ländlichen Raum eine echte Alternative zum  
113 Auto bieten.

114 Wir brauchen im ganzen Land eine zeitgemäße Verkehrspolitik, die bezahlbare,  
115 zuverlässige und klimafreundliche Mobilität für alle Menschen sicherstellt. Wir  
116 wollen attraktive Alternativen zum individuellen Auto – Mobilität muss für alle  
117 möglich sein.

118 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

- 119 • Regelmäßig verkehrende und aufeinander abgestimmte Linien zwischen Bus und  
120 Bahn (integraler Taktfahrplan) sollen das gesamte Land sieben Tage die  
121 Woche im Stundentakt auch in den Randzeiten mit öffentlichen  
122 Verkehrsmitteln erreichbar machen. Der bundesweite Deutschlandtakt muss  
123 hier bis in die Fläche unseres Bundeslandes zu spüren sein.
- 124 • Knotenpunkte des regionalen Zug- und Busverkehrs sollen als  
125 „Mobilitätshubs“ ausgebaut werden. Diese müssen vielfältige  
126 Mobilitätsformen unterstützen - darunter Bike & Ride und Park & Ride sowie  
127 Lademöglichkeiten für E-Fahrräder und -Autos anbieten. Ziel ist es, durch  
128 größeres Angebot und komfortables Umsteigen auch das kleinste und

129 abgelegenste Dorf schnell und günstig erreichbar zu machen ohne auf ein  
130 Auto angewiesen zu sein.

131 • Expressbuslinien sollen das bestehende Bahnnetz ergänzen, um die  
132 landesweite Mobilität auch über Kreisgrenzen hinaus zu verbessern. Die  
133 Verantwortung für solche Expressbuslinien sollte beim Land liegen. Bahn  
134 und Bus müssen gemeinsam ein flächendeckendes Landesnetz im Öffentlichen  
135 Personennahverkehr bilden.

136 • Viele Autofahrten sind auch auf dem Land nur sehr kurz. Dort ist viel  
137 Potential, dem Fahrrad und Fußverkehr mehr Raum zu geben. Ein  
138 flächendeckendes Netz für den alltäglichen Fuß- und Radverkehr ist  
139 einzurichten und das touristische Wegenetz weiter auszubauen. Dafür  
140 braucht es vor allem durchgängige, direkte Radwege inner- und außerorts.

141 • Zukunftstechnologien wie das autonome Fahren haben das Potenzial, viele  
142 Probleme im ländlichen Raum zu lösen, wie die geringe Wirtschaftlichkeit  
143 des ÖPNV-Angebots und den Personalmangel. So können autonome Fahrzeuge  
144 beispielsweise einen attraktiven und flexiblen Zubringerverkehr  
145 ermöglichen. Das Land muss entsprechende Innovationen unterstützen, unter  
146 anderem durch Ausweisung und Förderung von Entwicklungsgebieten und die  
147 Beauftragung von Pilotstudien zum autonomen Fahren.

148 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind unsere Zukunft. Leider haben junge  
149 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, ganz besonders im ländlichen Raum, heute  
150 noch nicht die gleichen Chancen und Möglichkeiten, die es in anderen Regionen  
151 gibt. Das wollen wir ändern: Damit junge Menschen hier bleiben können und alles  
152 finden, was sie brauchen, um sich ein gutes Leben aufzubauen und sich  
153 verwirklichen zu können.

154 Um das Leben junger Menschen im ländlichen Raum besser zu machen, wollen wir:

155 • Die kostenlose Bereitstellung von öffentlichen Gebäuden zur Nutzung durch  
156 junge Menschen.

157 • Die Förderung der Einrichtung von neuen Jugendclubs, vor allem auch in  
158 kleinen Orten.

159 • Die Finanzierung der Jugendkunstschulen neu aufstellen, sodass mehr  
160 kulturelle und kreative Angebote, vor allem auch im ländlichen Raum, neu  
161 geschaffen werden können.

162 • Eine Änderung der Kommunalverfassung vornehmen, sodass auch Gemeinden und  
163 Kreise verpflichtet sind, junge Menschen bei kommunalen Entscheidungen  
164 umfassend zu beteiligen und ihnen Mitwirkung zu ermöglichen.

165 • Das Beteiligungsnetzwerk des Landesjugendrings deutlich ausbauen, sodass  
166 in allen Regionen in MV genug Profis für die politische Partizipation und  
167 Mitbestimmung junger Menschen eingestellt werden können.

168 • Gemeindebezogene Jugendbudgets einführen, die von jungen Menschen  
169 direktdemokratisch verwendet werden. So können junge Menschen nicht nur

170 Demokratie im Alltag lernen, sondern auch mithelfen, ihre Gemeinde  
171 jugendfreundlicher zu gestalten.

172 Die Kommunalverfassung von 2011 sichert demokratische Teilhabe nicht  
173 ausreichend. Zudem wurden auch die Wege des Staates zum Schutz und zur Rettung  
174 der Bürger\*innen weiter. Wir antworten mit der Rückkehr des Staates in die  
175 ländlichen Räume. Demokratie muss auch in den ländlichen Räumen wehrhaft und  
176 erlebbar bleiben. Demokratische Teilhabe und alle Formen der  
177 Bürger\*innenbeteiligung müssen stark gefördert werden. Zukunft muss als  
178 gemeinsam gestaltbar wahrgenommen werden. Das Interesse an demokratischer  
179 Teilhabe ist in ländlichen Räumen groß, wird aber in vielen Gemeinden nicht  
180 explizit aufgegriffen. Dazu kommt, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit  
181 und Missachtung unseres rechtsstaatlich-demokratischen Gemeinwesens nach wie vor  
182 unser Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft besonders in den dünner  
183 besiedelten ländlichen Räumen gefährden. Dies darf daher auch gerade hier nicht  
184 geduldet werden und Strukturen demokratischer Teilhabe müssen dem  
185 entgegenwirken.

186 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

- 187 • Eine Überarbeitung der Kommunalverfassung mit dem Ziel,  
188 Bürger\*innenbeteiligung und demokratische Teilhabe besser zu schützen bzw.  
189 verpflichtend für Gemeinden zu machen.
- 190 • Notrufeinsätze der Polizei müssen landesweit innerhalb von 15 Minuten vor  
191 Ort sein. Dafür sind Strukturen, Kapazitäten und Kommunikationswege zu  
192 überprüfen und ggf. zu verbessern.
- 193 • Rettungsdienste müssen die gesetzlich vorgeschriebene Hilfsfrist von 10  
194 Minuten landesweit einhalten. Dafür sind Strukturen, Kapazitäten und  
195 Kommunikationswege zu überprüfen und ggf. zu verbessern.
- 196 • Gemeindevertretungen sollen unterstützt werden, ihre Hauptsatzungen auf  
197 optimale Bürger\*innenbeteiligung zu überprüfen und ggf. so anzupassen wie  
198 es moderner demokratischer Teilhabe entspricht. In Dorfdialogen und  
199 Zukunftsbeiräten sollen Bewohner\*innen als Expert\*innen für ländliche  
200 Räume an Verfahren und Entscheidungen beteiligt werden.
- 201 • Kommunen, Unternehmen und Privatleute brauchen außerdem klare rechtliche  
202 Handhabe, um etwa Immobilienerwerb und Veranstaltungen durch  
203 demokratiefeindliche Akteure frühzeitig unterbinden und Hetze sowie  
204 Drohungen oder Übergriffe wirksamer verfolgen zu können.
- 205 • Das CLLD Prinzip ist ein Erfolgsrezept für die Verbesserung der  
206 Lebensbedingungen in den ländlichen Räumen und die demokratische Teilhabe  
207 vor Ort. Wir wollen die LEADER Fördermittel immens ausweiten, indem Mittel  
208 vom Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung umgeschichtet werden. So  
209 profitiert das Land zusätzlich von 10% mehr europäischer Förderung.
- 210 • Die Stimme der Bevölkerung in den ländlichen Räumen muss mehr gehört  
211 werden. Daher wollen wir ein Parlament der Dörfer nach brandenburgischem  
212 Vorbild etablieren. Dafür unterstützen wir bereits bestehende Bemühungen  
213 in Mecklenburg-Vorpommern.

214 Wir wollen eine Kultur des Ermöglichs im ländlichen Raum schaffen und gegen  
215 die grassierende Perspektivlosigkeit die Erfahrung von Selbstwirksamkeit setzen.  
216 Mit klugen Ansätzen beim Planen und Bauen sollen Menschen mit Ideen und  
217 Engagement dabei unkompliziert unterstützt werden, um ihren Gemeinden neuen  
218 Schwung geben zu können. Die Themenfelder Demografie, Wohnen, Soziales, Kultur,  
219 Energie, Mobilität, regionale Wirtschaftskreisläufe und Klimaschutz wollen wir  
220 zusammen denken. Wir wollen die Anpassung an den Klimawandel als Chance zur  
221 Revitalisierung unserer Kleinstädte und Dörfer nutzen. Es gilt, die Ortsmitten  
222 als Kristallisationspunkte für eine lebendige, gemeinwohlorientierte  
223 Gesellschaft zu erhalten, zu reaktivieren und zukunftsfähig zu machen. Das  
224 Prinzip der Innen- vor Außenentwicklung leistet dabei einen zentralen Beitrag  
225 zur bundesgesetzlich vorgeschriebenen Reduzierung des  
226 Landschaftsflächenverbrauchs.

227 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

- 228 • Etablierung einer Landesagentur für die Vernetzung und Vermittlung von  
229 externer Beratung und Begleitung für Projektentwicklungs- und  
230 Planungsaufgaben in kleinen Kommunen und Kreisen – von der  
231 Ideenfindungsphase bis zur Fördermittelabrechnung und inspiriert vom  
232 „FORUM Ländliche Entwicklung und Demografie“.
- 233 • Es braucht integrierte und ortsbezogene Entwicklungsansätze für eine  
234 nachhaltige Baukultur und lebendige Ortskerne, die kulturelle und soziale  
235 Aspekte stärken, Neunutzungen von Leerständen ermöglichen und zur  
236 Lebensqualität vor Ort beitragen. Zentrale Ortslagen sollen deshalb durch  
237 Regionalbudgets von den Ämtern und Kreisen ortskundig, flexibel und  
238 partizipativ entwickelt werden können.
- 239 • Für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel stehen Kommunen  
240 erhebliche Fördermittel zur Verfügung. Es gilt diese Mittel für eine  
241 integrierte soziale und ökologische Ortsentwicklung auch im ländlichen  
242 Raum zu nutzen. Das Land muss durch klare Leitlinien und Zielstellungen  
243 die Gemeinden auf diese Entwicklung hin orientieren.
- 244 • Nahwärmenetze werden gefördert, da sie es ermöglichen, günstig,  
245 preisstabil, solidarisch und klimaneutral zu heizen. Solche Wärmenetze  
246 machen die zentralen Ortslagen als Wohn- und Arbeitsorte wieder besonders  
247 attraktiv und können von kommunalen Stadtwerken oder als  
248 Energiegenossenschaften der Bürger \*innen finanziert und betrieben werden.
- 249 • Wir unterstützen die Zusammenschlüsse mehrerer Kommunen zu  
250 Planungsverbänden, die Schaffung von Stellen für Dorf-, Amts- und  
251 Kreisgebietsmanager\*innen, die Erarbeitung regionaler, integrierter  
252 Siedlungsentwicklungskonzepte (RINSEK) und die Nutzung regionaler  
253 Flächennutzungspläne (rFNP). Die kommunalübergreifende Zusammenarbeit  
254 schafft Synergien, stärkt die Regionen und soll Voraussetzung für die  
255 Gewährung von Dorferneuerungs- und/oder Städtebaufördermitteln sein.

256 Rund 15% der Menschen in unserem Land verdienen direkt oder indirekt ihren  
257 Lebensunterhalt mit dem Tourismus. Mecklenburg-Vorpommern ist besonders als  
258 innerdeutsches Reiseziel beliebt und konnte seine Übernachtungszahlen nahezu auf  
259 Vor-Corona-Niveau stabilisieren. Gleichzeitig sinkt die Tourismusakzeptanz unter

260 den Einheimischen besonders in Hot Spots an der Küste, wie Usedom oder Rügen.  
261 Ebenso ist eine Abnahme der Zufriedenheit der Gäste festzustellen. Beides stellt  
262 uns vor Herausforderungen. Auf der einen Seite ist der Tourismus besonders für  
263 ländliche Räume eine Chance für wirtschaftliche Entwicklungen, auf der anderen  
264 Seite überfordert er im Übermaß schnell die Infrastruktur. Es gilt, eine gute  
265 Balance zwischen Tourismus als starkem Wirtschaftszweig, dem Erhalt und Ausbau  
266 der Wertschöpfung vor Ort und dem Bewusstsein über die Besonderheit unseres  
267 Landes herzustellen und zu etablieren.

268 Die Menschen kommen nach Mecklenburg-Vorpommern, um Urlaub in einer intakten und  
269 einzigartigen Naturlandschaft zu verbringen. Es ist unsere Aufgabe, diese zu  
270 erhalten und den Tourismus nachhaltig für Mensch und Natur zu gestalten. Wir  
271 wollen erreichen, dass unser Bundesland das Land zum Leben bleibt und nicht nur  
272 ein Land zum Urlaubmachen.

273 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- 274 • Touristische Großprojekte dürfen nur in Ausnahmefällen und nach  
275 eingehender Betrachtung der Verträglichkeit zur umgebenden Infrastruktur  
276 sowie sozialer und ökologischer Aspekte gefördert werden.
- 277 • Kleine und mittlere Unternehmen sollen bei der Transformation zu mehr  
278 Nachhaltigkeit, Digitalisierung und im Umbau zur Barrierefreiheit  
279 Förderung und gezielte Sichtbarkeit im Landesmarketing erhalten, damit die  
280 Wertschöpfung vor Ort erfolgt.
- 281 • Verpflichtende Gestaltungssatzungen für alle Kommunen, die touristische  
282 Abgaben erheben, um über Beteiligungsprozesse Einfluss auf die Gestaltung  
283 und Planung und damit auch auf die regionale Identität und Individualität  
284 ihres Ortes zu behalten.
- 285 • Einen verstärkten Saisonverkehr, der sicherstellt, dass Einwohner\*innen  
286 und Tourist\*innen ihre Ziele auch ohne eigenes Auto erreichen können.
- 287 • Zusätzliche Anreize für eine autofreie Anreise in den Urlaub mit einer  
288 Gästekarte, die regionsübergreifende Gültigkeit besitzt und eine  
289 kostenfreie Nutzung des ÖPNVs sowie Ermäßigung auf Vor-Ort-Angebote, wie  
290 bspw. Fahrradverleih, beinhaltet.

291 Frauen sowie Inter-Menschen, nicht-binäre -, Trans\* Personen und Menschen ohne  
292 Geschlechtsidentität sind in unserer Gesellschaft in vielen Bereichen noch immer  
293 benachteiligt oder sogar ganz ausgeschlossen. Das gilt insbesondere in  
294 ländlichen Räumen, deshalb gibt es hier besonders viel zu tun, bis zum Beispiel  
295 die Istanbul-Konvention vollständig erfüllt ist. Einrichtungen, die sich mit  
296 Themen, die Frauen sowie Inter-Menschen, nicht-binäre -, Trans\* Personen und  
297 Menschen ohne Geschlechtsidentität betreffen, beschäftigen, müssen von Land und  
298 Kommunen bedarfsgerecht finanziert werden.

299 Darüber hinaus fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV:

- 300 • Alle Bürger\*innen müssen an kommunalen Sitzungen und Ausschüssen  
301 teilnehmen können. Dafür muss eine aktive digitale Teilnahme ermöglicht  
302 werden. Ebenso sind familienfreundliche Sitzungszeiten sowie eine

- 303 grundsätzliche Vereinbarkeit des kommunalen Engagements mit Familie,  
304 Ausbildung, Beruf und Ehrenamt unverzichtbare Voraussetzungen.
- 305 • Die Geburtsstationen sowie die Hebammenversorgung müssen abgesichert  
306 werden. Dafür ist nach Empfehlung des Gemeinsamen Bundesausschusses eine  
307 flächendeckende, wohnortnahe Geburtshilfe in höchstens 40 Autominuten  
308 Entfernung erforderlich; außerdem eine ebenfalls flächendeckende Vorsorge  
309 für Schwangerschaftsabbrüche und eine wirksame finanzielle Unterstützung  
310 der Haftpflichtversicherung von Hebammen seitens der Kommunen.
  - 311 • Die Frauenhausabdeckung im ländlichen Raum muss unbedingt verbessert  
312 werden. Wenigstens 38 Frauenhausplätze sind in Mecklenburg-Vorpommern noch  
313 zu schaffen, um zumindest den Rechtsanspruch auf kosten- und  
314 barrierefreien Zugang für Betroffene häuslicher Gewalt nach Art. 4, §3 der  
315 Istanbul-Konvention zu erfüllen.
  - 316 • Für die Sichtbarkeit und Wahrnehmung der Frauen sowie Inter-Menschen,  
317 nicht-binäre -, Trans\* Personen und Menschen ohne Geschlechtsidentität-  
318 Quote in kommunalen Vertretungen im ländlichen Raum braucht das Land die  
319 Erfassung auch in Ämtern und Gemeinden, aufgeschlüsselt nach Orten.
  - 320 • Mobilität in Land und Kommunen muss grundsätzlich gendergerecht geplant  
321 werden, damit schutzbedürftige Personen sich sicher und unbehindert  
322 bewegen können. Gender Planning soll Frauen sowie Inter-Menschen, nicht-  
323 binäre -, Trans\* Personen und Menschen ohne Geschlechtsidentität auch in  
324 den ländlichen Räumen u.a. durch bedarfsgerecht gut ausgeleuchtete Wege,  
325 Parkplätze, Spielplätze und erreichbare Schutzräume gleichberechtigt  
326 integrieren.
- 327 Mecklenburg-Vorpommern als Küsten- und Flächenland bietet mit seinen  
328 erneuerbaren Energien die besten Möglichkeiten für unsere Wirtschaft, lokal und  
329 regional zu produzieren. Die größten Herausforderungen liegen hierbei für viele  
330 Unternehmen im bevorstehenden Generationenwechsel und darin, ausreichend  
331 Fachkräfte vor Ort zu gewinnen und zu halten, aber auch die Digitalisierung zur  
332 Verbesserung der Betriebsabläufe und zur eigenständigen Wertschöpfung effektiv  
333 zu nutzen. Dafür sind ein lebenswertes Umfeld und eine ausreichende  
334 Infrastruktur das A und O. Zentrale Anlaufstellen (One-Stop-Shop) für  
335 Ansiedlung, Meldungen, Förderung und Vermittlung helfen unseren Unternehmen  
336 weiter. Gemeinsam mit den Bürger\*innen vor Ort schaffen wir ein gutes Klima für  
337 gute Unternehmungen.
- 338 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern deshalb:
- 339 • Der Generationswechsel in Betrieben ist eine wichtige Station auf dem Weg  
340 in die Zukunft. Um hier Krisen wie z.B. durch Konflikte im  
341 Führungswechsel, Liquiditätsengpässe bei der Neuorientierung oder bei der  
342 Auflösung von Sanierungsstaus vorzubeugen, setzen wir uns für eine  
343 gezielte Förderung und Begleitung im Übergangsprozess ein.
  - 344 • Einen vor Ort spürbaren Bürokratieabbau durch die Einrichtung von One-  
345 Stop-Shops, sowie eine engere und effizientere Begleitung der Unternehmen



- 346 durch Unterstützung durchs Land, die Bildung von Netzwerken und die  
347 Beschleunigung von Digitalisierungsprozessen.
- 348 • Eine Gründungsoffensive mit Bonus für Gründer\*innen im ländlichen Raum,  
349 Erfahrungsaustausch und Mentor\*innenprogramm, sowie Ansiedlungsstrategie  
350 für Neugründungen der Digitalwirtschaft und Spitzentechnologie.
  - 351 • Schnellere Genehmigungen durch bessere Einbindung von Bürger\*innen vor  
352 Ort, mehr Personal in den Verwaltungen und eine bessere Kultur der  
353 Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Verwaltung.
  - 354 • Lokale Unternehmen sollen vor Ort produzierten Strom aus Windkraft,  
355 Solarenergie und Biogas einfacher und günstiger beziehen können. Kommunen  
356 müssen vom Bund und vom Land mehr Unterstützung erhalten, um Beteiligungen  
357 an der Erzeugung erneuerbarer Energien im gesetzten Rahmen auch für ihre  
358 wirtschaftliche Entwicklung einsetzen zu können.
  - 359 • Eine verbesserte Förderung für Betriebe, die vorwiegend oder  
360 ausschließlich regional vermarkten und für die Region strukturell  
361 bedeutsam sind.

362 Gerade in unseren ländlichen Räumen können digitale Angebote weite Wege sogar  
363 überflüssig machen. Ausgerechnet hier klaffen allerdings aufgrund einer  
364 gescheiterten Digitalisierungspolitik nach wie vor große Lücken im Netz. Um der  
365 akuten Bedrohungslage durch Cyberangriffe gerecht werden zu können, muss in die  
366 sichere und nachhaltige Digitalisierung investiert werden. Dazu gehört IT-  
367 Sicherheit und Datenschutz, eine Open-Source-Strategie sowie die Absicherung der  
368 kritischen Infrastrukturen, zu denen auch Stadtwerke und andere kommunale  
369 Versorgungsunternehmen und Dienstleister zählen.

370 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

- 371 • Die Entwicklung Digitaler Innovationszentren (DIZ) soll vorangetrieben  
372 werden, um die Digitalkompetenz in den Kommunen und die Leistungsfähigkeit  
373 von Workation Places, Coworking Spaces und Startups sowie von kleinen und  
374 mittelständischen Unternehmen zu stärken.
- 375 • Für die Digitalisierung der Verwaltung sollen einheitliche  
376 Softwarestandards entwickelt bzw. angewendet werden, welche den  
377 Schwerpunkt auf den Einsatz von Open-Source-Software und die Einbindung  
378 regionaler Dienstleistungsunternehmen setzt.
- 379 • Lokale und regionale Anbieter, wie Stadtwerke, sollten motiviert werden,  
380 gleichberechtigten Internetzugang auch in Gegenden anzubieten, die für  
381 national und international agierende Unternehmen nicht lohnenswert  
382 erscheinen.
- 383 • In den kommunalen Gebäuden und Einrichtungen sowie Bussen und  
384 Straßenbahnen des öffentlichen Nahverkehrs soll den Nutzenden kostenloses  
385 WLAN angeboten werden.
- 386 • Mit Nachdruck muss daran gearbeitet werden, dass die Kommunen ihre  
387 Dienstleistungen ihren Einwohner\*innen via Online-Portal anbieten und

388 Verwaltungsabläufe digitalisieren. Dabei muss ein hohes Maß an  
389 Aufmerksamkeit auf Datenschutz und IT-Sicherheit gelegt werden.

390 • Bürger\*innen aller Altersgruppen sollen dabei unterstützt werden, Medien  
391 in ihrer Vielfalt sicher, kompetent und kritisch nutzen zu können.  
392 Angebote zur Medienbildung müssen ausgebaut und verstärkt im ländlichen  
393 Raum zugänglich gemacht werden.

394 Wir wollen die Kultur in den Kommunen zukunftsfest machen. Bibliotheken,  
395 Jugendkunstschulen, Museen, Galerien oder Musikschulen aber auch eine  
396 Vereinsstruktur sind wichtige Faktoren, um Bildung zu fördern, Identität zu  
397 stärken, Gesellschaft zusammenzuhalten und die Regionen lebenswert zu erhalten.  
398 Zurzeit sind kulturelle Leistungen der Kommunen als freiwillige Leistungen nicht  
399 vor gravierenden Kürzungen geschützt. Aus diesem Grund fordern wir ein  
400 bundesweites Kulturfördergesetz, damit Kulturangebote nicht immer wieder  
401 grundlegend zur Diskussion stehen. Außerdem müssen die Förderkriterien an  
402 ländliche Bedürfnisse angepasst werden und bspw. höhere Fahrtkosten und größeren  
403 Vernetzungsbedarfe berücksichtigt werden.

404 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

405 • Zwischennutzungen von Leerstand für Künstler\*innen und kulturelle  
406 Initiativen bringen Kunst und Kultur in die ländlichen Räume, beleben  
407 Ortskerne und Landschaften, machen sie bekannt oder neu erfahrbar und  
408 ziehen Gäste ebenso an wie Zuzug. Ein gezieltes Leerstandsmanagement in  
409 den Ämtern und Kreisen vermittelt Zwischennutzungen an künstlerische  
410 Projekte und triggert damit lokale Innovation.

411 • Künstler\*innen sollen ihrer Kunst nachgehen und nicht komplexen  
412 Förderbürokratien. Kommunalen Verwaltungen fehlt weitgehend die kulturelle  
413 Kompetenz wie auch das Wissen um verfügbare Kulturförderung. Hier können  
414 qualifizierte Kulturagent\*innen in Amtsbereichen oder ähnlich  
415 dimensionierten, freien kommunalen Zusammenschlüssen vernetzend,  
416 kuratierend und vermittelnd tätig werden.

417 • Kreiskulturräte bilden die Basisstruktur für ein vielfältiges kulturelles  
418 Leben im Land. Besonders in der Fläche verleihen sie engagierten aber oft  
419 prekär aufgestellten Kulturakteur\*innen eine politische Stimme, und ohne  
420 sie verliert auch der Landeskulturrat jede Legitimation. Gemeinsam mit den  
421 Kreisen und den Kreisfreien Städten muss die Landesregierung endlich die  
422 in der sechsten Wahlperiode bereits in Aussicht gestellte Finanzierung von  
423 Geschäftsstellen der Kulturräte umsetzen.

424 • Die Kulturpolitischen Leitlinien für Mecklenburg-Vorpommern wurden bereits  
425 im August 2020 mit dem Landes- und den Kreiskulturräten verabschiedet. Zur  
426 konkreten Umsetzung der darin beschlossenen Handlungsempfehlungen soll die  
427 Landesregierung bis zur Mitte der Legislaturperiode ein detailliertes  
428 Programm vorlegen. Der finanzielle Rahmen dafür muss auch schon im  
429 kommenden Doppelhaushalt 2024/2025 abgebildet sein.

430 Klimaschutz wird vor Ort umgesetzt. Dafür braucht es nicht nur Motivation und  
431 finanzielle Mittel, sondern auch Know-how. Für die Energiewende im ländlichen  
432 Raum kämpfen wir um Mehrheiten in den Gremien. Aber oft auch gegen Widerstände

433 in der Verwaltung, die unter Personalmangel leidet und den Klimaschutz nicht als  
434 Pflichtaufgabe sieht. Dabei profitieren nachhaltig auch die Gemeindefinanzen,  
435 wenn gleich eine PV-Anlage mit aufs reparierte Dach gelegt und die Ölheizung  
436 gegen eine Wärmepumpe ausgetauscht wird, statt sie nochmals teuer Instand zu  
437 setzen. Gerade im ländlichen Raum, wo wir die Akzeptanz für die Energiewende  
438 brauchen, müssen wir allen Orientierung für Zukunftsinvestitionen geben. Wird in  
439 der Gemeinde ein Wärmenetz entstehen? Kann die Abwärme einer Biogasanlage, eines  
440 Elektrolyseurs oder eines Industriebetriebes genutzt werden? Oder muss jedes  
441 Haus eine eigene Wärmepumpe oder Heizung installieren?

- 442 • Wir wollen ein flächendeckendes Netzwerk von Klimamanager\*innen in den  
443 Kreis-, Amts- und Stadtverwaltungen: Ein\*e Klimaschutzmanager\*in gibt der  
444 Verwaltung das Fachwissen, den Mut für zukunftsorientierte Entscheidungen  
445 und fungiert dabei als Beratungsstelle für die Kommunen.
- 446 • Wir wollen kommunale Wärmepläne auch für alle Ämter und amtsfreien  
447 Gemeinden: Deshalb halten wir an der flächendeckenden Verpflichtung aller  
448 Kommunen zur Wärmeplanung ohne Ausnahme fest. Nach Einführung der  
449 Verpflichtung muss das Land die Kosten im Rahmen der Konnexität  
450 vollständig übernehmen. Land und Kreise fordern wir auf, den Kommunen  
451 umgehend die Beantragung der Impulsförderung des Bundes naheulegen und  
452 sie dabei zu unterstützen.
- 453 • Wir wollen mehr Teilhabe und Bürgerenergie, sowie die Menschen stärker zu  
454 kreativen Lösungen vor Ort ermuntern. Zusätzlich zur Bundesförderung bei  
455 Windenergienutzung brauchen wir einen Bürgerenergiefonds wie in Schleswig-  
456 Holstein für die Förderung weiterer Beiträge der Kommunen zur  
457 Treibhausgasminde rung, um die Energiewende auch bei der erneuerbaren  
458 Wärme, klimaneutralen Mobilität, Energieeffizienz in Gebäuden und  
459 Quartieren und der Digitalisierung im Energiesektor voranzubringen.
- 460 • Mit einer nachhaltigen Standortpolitik wollen wir mehr Energie lokal  
461 nutzen und regionale Wertschöpfung steigern. Energieintensive Betriebe  
462 spülen Geld in kommunale Kassen, schaffen Arbeitsplätze, sparen  
463 Netzausbaukosten und stellen Abwärme zur Versorgung benachbarter  
464 Wohnsiedlungen bereit. Spitzen der Energieerzeugung setzen wir in Wärme  
465 oder grünen Wasserstoff um. Auch die Abwärme von Industriebetrieben und  
466 Elektrolyseuren kann in Wärmenetzen vor Ort günstig genutzt werden. Wir  
467 wollen deshalb in den kommunalen Gremien mehr Initiativen für grüne  
468 Gewerbegebiete voranbringen.
- 469 • Wir wollen eine Landesförderung für Gebäude: Das Land MV soll die  
470 Dekarbonisierung im Wohnungsbestand zusätzlich unterstützen. Um Eigentümer  
471 bei der Investition zu unterstützen, muss ein Fördertopf auf Landesebene  
472 installiert werden, um zinsfreie Darlehen für Eigentümer nutzbar zu  
473 machen. Oftmals scheitert eine Investition an der hohen  
474 Anfangsinvestition, die damit abzufedern wäre.
- 475 • Wir wollen einen Wettbewerb um klimaneutrale Dörfer und Gemeinden  
476 entfachen. In zwei Kategorien (Dörfer bis 500 Einwohner\*innen; Gemeinden  
477 bis 2500 Einwohner\*innen) sollen alldiejenigen ausgezeichnet und mit  
478 Geldpreisen prämiert werden, die bis 2030 klimaneutral sind. Besondere

479 Preise gibt es dabei für innovative Lösungen, die auf andere Dörfer  
480 übertragen werden können. So wird das Dorf belebt, um ein gemeinsames Ziel  
481 zusammengeschweißt und das Klima effektiv geschützt.

482 Bürgerschaftliches Engagement in seiner ganzen Breite macht besonders auf dem  
483 Land den Unterschied in der Lebensqualität. Gerade in unseren ländlichen Räumen  
484 aber sind Ehrenamt und andere Formen des freiwilligen Einsatzes, trotz der  
485 wertvollen Arbeit der Ehrenamtsstiftung, immer noch nicht so verbreitet wie in  
486 vergleichbaren Bundesländern und vor allem nicht populär genug. Freiwilligkeit  
487 ist eine erneuerbare Energie.

- 488 • Ein differenzierter Engagementsetat soll in künftigen Landes- und  
489 Kommunalhaushalten ausgewiesen sein und auf Landesebene einem  
490 federführenden Fachressort mit einer entsprechenden Koordinierungsstelle  
491 zugewiesen werden.
- 492 • In den Kommunalverwaltungen sollen Engagementsbeauftragte eingesetzt  
493 werden. Engagementslotsen sind zur Aktivierung und Stabilisierung von  
494 bürgerschaftlichem Engagement einzusetzen.
- 495 • Ein Engagementsportal und eine Engagements-App können helfen, um  
496 bürgerschaftlich Engagierte zu registrieren, zu vernetzen und zu  
497 informieren. Die Erfassung von freiwilligen Einsätzen in Zeitkonten kann  
498 ihre Vereinbarkeit mit hauptamtlichen und privaten Tätigkeiten erleichtern  
499 und als Grundlage für spätere Anerkennung dienen.
- 500 • Ein Verfassungsvorbehalt soll explizit verfassungsfeindliche Kräfte aus  
501 jeglichen Programmen zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements  
502 ausschließen.

503 Viele Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern sind stark verschuldet und haben  
504 dadurch in ihren Finanzen keinen Spielraum, die Vorstellungen der Bürger\*innen  
505 vor Ort umzusetzen. Doch es fehlt nicht nur Geld in den Haushalten der Kommunen:  
506 Fördergelder werden nicht abgerufen oder sind von vorn herein aufgrund des hohen  
507 Eigenanteils nichts abrufbar. So gibt es für finanziell schlecht aufgestellte  
508 Kommunen über Jahre hinweg kaum eine Perspektive. Die Förder- und  
509 Entwicklungslogik unterliegt dabei einem kapitalen Fehler. Die Entwicklung der  
510 ländlichen Räume wird weitestgehend als ein Unterkapitel der  
511 Landwirtschaftsförderung betrachtet. Dabei sind in MV nur ca. 2 % der Menschen,  
512 die in ländlichen Räumen leben in der Agrar-, Forst- oder Fischereiwirtschaft  
513 tätig. Wir brauchen also eine ländliche Entwicklungs- und Förderpolitik, die in  
514 erster Linie die 98% der Menschen in den Blick nimmt. Dafür wollen wir die  
515 bisherige Förderlogik aufbrechen, die Entwicklung der ländlichen Räume von der  
516 Landwirtschaft lösen, stattdessen in die Wirtschafts- und Sozialförderung  
517 integrieren und auf Basisdemokratie und Subsidiarität setzen. Wir wollen den  
518 Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern endlich wieder die Möglichkeit geben, in  
519 ihre Zukunft zu investieren, statt nur den Ist-Zustand zu verwalten.

520 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

- 521 • Ein kommunaler Investitionsfonds soll besonders herausgeforderten  
522 Gemeinden Zukunftsinvestitionen ermöglichen.
- 523 • Grund und Boden sollen vermehrt durch landeseigene Mittel in kommunales  
524 Eigentum rücküberführt und ausschließlich in Pachtverhältnissen für  
525 Private zugänglich gemacht werden. Dies erhöht die Einnahmen der Gemeinden  
526 langfristig und dauerhaft.
- 527 • Bürgerhaushalte und Regionalbudgets sollen ermöglicht werden, um Gemeinden  
528 und Kreisen angemessene finanzielle Spielräume für selbständige  
529 haushälterische Schwerpunktsetzungen zu gewähren.
- 530 • Den Regionen soll als Ziel ein Anteil an den raumrelevanten  
531 Förderprogrammen der EU, des Bundes und des Landes (d.h. EFRE, ESF, ELER,  
532 GAK, Städtebauförderung und Landesprogramme) in einen Regionaletat  
533 eingespeist werden. Innerhalb der Regionen wird so der Zugang zu  
534 Fördermitteln vereinfacht und der Verwaltungsaufwand verringert.
- 535 • Die Einrichtung eines Regionaletats ist an Zielvereinbarungen zu knüpfen,  
536 die Region und Land bzw. Kreis untereinander abstimmen. Diese Ziele sollen  
537 neben ökonomischen auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen.  
538 Auf Grundlage des Koordinierungsrahmens und bestehender regionaler  
539 Konzepte erarbeiten die Regionen ihre Entwicklungsstrategie. Die Mittel  
540 des Regionalbudgets sollen basisdemokratisch nach dem Community Led Local  
541 Development Prinzip eingesetzt werden.

542 Bildung schafft die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben und für echte  
543 gesellschaftliche Teilhabe. Wir brauchen interessierte, kreative und gut  
544 ausgebildete Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Doch in unserem Bundesland  
545 landen weiterhin viel zu viele Kinder und Jugendliche im Laufe ihres  
546 Bildungsweges auf dem Abstellgleis. Der Unterrichtsausfall hat in den  
547 vergangenen Jahren wieder zugenommen. Inzwischen ist der Lehrkräftemangel so  
548 groß, dass jede zweite freie Stelle nicht mehr mit einer ausgebildeten Lehrkraft  
549 besetzt werden kann. Die Inklusion läuft auf Kosten der Kinder als Sparmodell  
550 und die Schulen sind noch längst nicht bereit für die Herausforderungen der  
551 Digitalisierung.

552 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern deshalb:

- 553 • kurze Schulwege. Dort wo das nicht möglich ist, müssen Schulen  
554 flächendeckend an den ÖPNV angeschlossen werden.
- 555 • Grundschulstandorte sind zu sichern und die Schulen zu Ganztagschulen  
556 auszubauen.
- 557 • Schulgebäude und -höfe müssen im ländlichen Raum auch nach der  
558 eigentlichen Schulzeit nutzbar sein. Sie sind so zu gestalten, dass sie  
559 Lust auf Schule machen.
- 560 • Weiterführende Schulen sollten kreativ zusammenarbeiten, um  
561 Schulstandorte, aber auch die Schulqualität zu erhalten. Hier sind

562 digitale Formate denkbar, für die Schulen flächendeckende und stabile  
563 Internetverbindungen brauchen. In diesem Zusammenhang braucht es  
564 Weiterbildungen für Lehrkräfte und pädagogisches Fachpersonal, die auf dem  
565 Land und nicht in den Städten stattfinden.

- 566 • Die Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem pädagogischen  
567 Förderbedarf muss im ländlichen Raum gesichert und ausgebaut werden.

568 Unsere ländlichen Regionen sind mit der vielfältigen Natur ein Reichtum unseres  
569 Bundeslandes. Eine intakte Natur ist von unschätzbarem Wert an sich, aber auch  
570 Lebensversicherung und gesundheitsfördernder Raum und Grundlage für eine  
571 zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung. Feldwege, Alleen, Feldhecken und Moore  
572 sowie naturnahe Wälder und Küsten wollen wir als bedeutungsvolles Kultur- und  
573 Naturerbe und dorfverbindende Elemente bzw. Naherholungsraum schützen und  
574 entwickeln, denn sie prägen den Charakter der ländlichen Regionen. Wir wollen  
575 eine vielfältige, ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft zielgenauer fördern  
576 und über bio-regionale Gemeinschaftsverpflegung Bäuer\*innen neue Absatzwege und  
577 weiterverarbeitendes Gewerbe gezielt ansiedeln um die Wertschöpfung in der  
578 Region zu halten. So schaffen wir Planungssicherheit für Landwirt\*innen und  
579 ermöglichen allen Menschen den Genuss von gesunden Produkten aus der eigenen  
580 Region.

581 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern deshalb:

- 582 • Besser ausgestattete Kommunalverwaltungen für einen effektiveren Natur-,  
583 Klima- und Umweltschutz.
- 584 • Mehr Naturschutzstationen, welche die Menschen informieren, beteiligen und  
585 dazu einladen, selbst und gemeinsam mit anderen aktiv zu werden.
- 586 • Kommunen sollen auf ihren Flächen eine Vorbildfunktion wahrnehmen und in  
587 Landpachtverträgen eine ökologische Bewirtschaftung verankern, bzw. die  
588 Nutzung von Pestiziden ausschließen und Naturschutzmaßnahmen vereinbaren.
- 589 • Regelungen für dezentrale und mobile Schlachtmöglichkeiten bis hin zur  
590 Weideschlachtung und der Abkehr von Großschlachtbetrieben reduzieren die  
591 Transportwege. Das ist gut für die Tiere und gut fürs Klima.
- 592 • Kommunale Verpflegungseinrichtungen wie Kantinen, Schul-Caterer und Mensen  
593 sollen mit mehr ökologisch und regional erzeugten Lebensmitteln und mehr  
594 pflanzliche Alternativen im Essen als Vorbild vorangehen und dabei  
595 schrittweise die Nachfrage nach bio-regionalen Produkten erhöhen. Indem  
596 wir bio-regionale Wertschöpfungsstrukturen für die  
597 Gemeinschaftsverpflegung fördern, stärken wir auch die regionale,  
598 nachhaltige, klimafreundliche Landwirtschaft. Mit der regionalen  
599 Beschaffung und Verarbeitung sichern und schaffen wir zugleich neue  
600 Arbeitsplätze in den Regionen und stärken die Stadt-Land-Kooperationen.

601 Auch viele konventionelle Landwirt\*innen wollen bzw. arbeiten bereits aktiv und  
602 erfolgreich an einer zukunftsfähigen Entwicklung und Wiederbelebung unserer  
603 Kulturlandschaft. Sie gilt es zu unterstützen und Leistungen für Klima, Umwelt,  
604 Tierschutz und Dorfentwicklung entsprechend zu honorieren. Wir wollen alle  
605 Landnutzenden beim umwelt-, klima- und tierschutzgerechten Umbau und die

606 gemeinnützigen Leistungen der Bäuer\*innen unterstützen, auch durch die Stärkung  
607 regionaler Wertschöpfungsketten. Zahlreiche Flüsse und Seen sowie die Ostsee-  
608 Küste prägen unsere ländlichen Räume. Durch überfischte Bestände und Einflüsse  
609 der Klimakrise auf ihre Reproduktion und den notwendigen Fangbeschränkungen ist  
610 die Küstenfischerei jedoch in ihrer Existenz bedroht und damit auch ein Teil  
611 unserer Küstenkultur und unserer touristischen Attraktivität. Sie gilt es zu  
612 erhalten, durch eine Pflege der Fischbestände und durch vielseitige  
613 Vermarktungsansätze. Wir wollen der Fischwirtschaft helfen sich über die reine  
614 Fischerei hinaus vielfältiger aufzustellen, um sie als regionalen  
615 Wirtschaftszweig wie auch als Kulturgut zu erhalten.

616 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

- 617 • Hochwertige Regionalmarken mit überregionaler Ausstrahlung sollen den  
618 Fischer\*innen in der Verwertung der verbliebenen Fischmengen eine höhere  
619 Wertschöpfung bringen. Nötig ist aber auch die Erschließung zusätzlicher  
620 Einkommensquellen für die Fischer\*innen. Der Aufbau von  
621 Vermarktungsnetzwerken, touristische Ausflugsangebote, Unterstützung von  
622 Forschungsprojekten oder Mitwirkung bei der Bekämpfung von Havarien oder  
623 der Meeresverschmutzung bieten mögliche Lösungen.
- 624 • Für die neuen, nachhaltigen Bewirtschaftungsformen der Paludikultur,  
625 Aquaponik und Agroforstsystemen gilt es, Wertschöpfungsketten aufzubauen.  
626 So kommt mehr Gewinn bei regionalen Produzent\*innen an.
- 627 • Initiativen und Unternehmen zur Nahversorgung und zur Direktvermarktung  
628 sowie zur regionalen Verarbeitung und Weitervermarktung wollen wir  
629 strukturell unterstützen, so dass sie sich langfristig selbst tragen.
- 630 • Dorf- oder Regionalläden sollen gefördert werden, um Produkte aus  
631 regionalen Mühlen und Molkereien bzw. aus mobilen Käsereien,  
632 handwerklichen Bäckereien im Ort sowie regionale landwirtschaftliche  
633 Erzeugnisse auch im Nichtnahrungsmittelbereich zusammen mit anderen  
634 Dienstleistungen gebündelt zu vermarkten. Das schafft ländliche  
635 Treffpunkte und stiftet Verbindungen zwischen Produzent\*innen und  
636 Verbraucher\*innen.

637 Die gesundheitliche Versorgung muss verbessert werden, dass gilt vor allem für  
638 ländlich geprägte Regionen, in denen der Weg zum Arzt weit und die Mobilität  
639 begrenzt ist. Wir wollen gesundheitliche Versorgung und sozialen Raum  
640 miteinander verbinden. Um in Zeiten vielfältiger Krisen, die Menschen zunehmend  
641 in Notlagen verschiedenster Art bringen, erste Hilfsangebote zu gewährleisten,  
642 brauchen wir auch im ländlichen Raum ein breit aufgestelltes Beratungsangebot.

643 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern:

- 644 • Gesundheitskioske sind dabei ein wichtiger Baustein. Die Bevölkerung kann  
645 sich in den Kiosken zu gesundheitlichen und sozialen Belangen beraten  
646 lassen und muss Dank Telemedizin für Untersuchungen nicht mehr weit  
647 fahren. Wir betrachten die Gesundheitskioske als Impuls in ländliche Räume  
648 und wollen die Kioske deshalb als ergänzende Funktion beispielsweise an  
649 Bushaltestellen, Ladestationen, Bibliotheken oder Landbahnhöfen und den  
650 beteiligten Gemeinden umsetzen. Sie verbinden die soziale und

- 651 gesundheitliche mit der mobilen Vorsorge auf dem Land. Wir wollen die  
652 Gesundheitskioske mit den Gemeinden und Landkreisen in kommunaler  
653 Trägerschaft gestalten.
- 654 • Eine ausreichende Finanzierung der Gemeinden für die Bereitstellung von  
655 Gemeinderäumen, digitaler Infrastruktur (auch für die Möglichkeit  
656 digitaler Beratung), sowie mobiler Varianten (z. B. Infobusse) ist  
657 unverzichtbar und sollte angesichts der Preisentwicklung auch dynamisiert  
658 werden.
- 659 • Beratung für Menschen in Krisensituationen oder Notlagen gehört zur  
660 Daseinsfürsorge und sollte auch im ländlichen Raum eine  
661 Selbstverständlichkeit sein.
- 662 • Um Vielfalt und Kontinuität bei den Angeboten zu gewährleisten muss  
663 Förderung, auch kleiner Träger, institutionell und nicht projektgebunden  
664 erfolgen.

## Begründung

erfolgt mündlich

## Unterstützer\*innen

Anna Maria Reimer (KV Vorpommern-Greifswald); Erem Suat Bischoff (KV Mecklenburgische Seenplatte); Marcus Keidel (KV Vorpommern-Rügen); Carl-Hans Strudthoff (KV Mecklenburgische Seenplatte)